

Rente mit 67

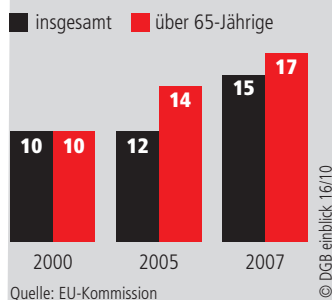
## Schluss mit der Schönfärberei

Die Rente mit 67 ist für viele Beschäftigten kaum erreichbar und verschärft die soziale Schieflage in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt der vierte Monitoring-Bericht des „Netzwerks für eine gerechte Rente“, zu dem der DGB, Gewerkschaften sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbände gehören. „Die Fakten belegen, dass die Einführung der Rente mit 67 nicht vertretbar ist. Wenn sich die Bundesregierung an die geltende Rechtslage hält, dann muss sie die Rente mit 67 in diesem Jahr stoppen oder zumindest auf Eis legen“, betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Situation nicht länger zu verharmlosen oder schönzufärben. Es müsse darum gehen, den ArbeitnehmerInnen die Chance zu eröffnen, überhaupt bis 65 gesund in Arbeit bleiben zu können.

Im Mittelpunkt des Berichtes stehen die aktuelle Beschäftigungslage von älteren Menschen und die künftigen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen. Die beiden Autoren, Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen und Prof. Dr. Ernst Kistler, Leiter des

### Altersarmut wächst

Entwicklung der Armutsrisikoquote in Deutschland insgesamt und für über 65-Jährige (in Prozent)



**Altersarmut wird auch hierzulande zunehmend zum Problem – auch wenn die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter noch relativ gering ist. Sie steigt aber stark an. Schon heute sind 17 Prozent der über 65-Jährigen in Deutschland von Armut bedroht, so die EU.**

Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES), präsentieren ernüchternde Zahlen: Nur 9,2 Prozent der 63-Jährigen und 6,3 Prozent der 64-Jährigen haben noch eine Vollzeitbeschäftigung. Dass beispielsweise der Deutsche Alterssurvey wesentlich positivere Zahlen vermeldet, erklären die beiden Wissenschaftler damit, dass Grundlage des Survey

nicht die sozialversicherten Beschäftigten sind, sondern jede/r mitgezählt wird, der mindestens eine Stunde in der Woche erwerbstätig ist. Sie gehen außerdem davon aus, dass die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt nur sehr langsam vorankommen wird und im nächsten Jahrzehnt weiterhin von einer hohen Massenarbeitslosigkeit auszugehen ist.

Die Folge: Schon heute gehen 46,6 Prozent der AltersrentnerInnen mit Abschlägen in Rente (Seite 8). Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverband VdK Deutschland, geht davon aus, dass die Rente mit 67 die ohnehin drohende Altersarmut weiter verschärft: „Für die Betroffenen verlängert sich nicht die Lebensarbeitszeit, sondern die Zeit der Arbeitslosigkeit mit allen Folgen, wenn man nach kurzer Zeit schon auf Hartz-IV-Niveau abstürzt.“ Vor allem langjährig Versicherten drohe die Zwangsverrentung: „Auch wenn die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre erhöht wird, können langjährig Versicherte vom Grundsicherungsträger mit 63 in Rente geschickt werden – mit den 14,4 Prozent Abschlägen.“ Menschen mit gesundheitlichen Problemen würden von der Rente mit 67 besonders hart getroffen: „Der durchschnittliche Zahlbetrag der Erwerbsminderungsrente ist mittlerweile auf 643 Euro gesunken und liegt damit unter dem Sozialhilfeniveau“, so Mascher. Der VdK fordert wie der DGB Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente: „Die Abschläge müssen abgeschafft werden, weil sich niemand die Erwerbsminderung freiwillig aussucht.“ •

[www.ichwillrente.net](http://www.ichwillrente.net)

## plusminusBERLIN

**+ Yvonne Ploetz (Die Linke) fordert, im 4. Armuts- /Reichtumsbericht die Situation von Straßenkindern zu berücksichtigen. Gesellschaftliche Missstände könnten nur effektiv angegangen werden, wenn Ursachen und Ausmaß offenlegt werden, so Ploetz.**

**- Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, hält die Ideen von Klimaskeptikern, wonach der Klimawandel nicht durch Menschen verursacht sei, für „sehr, sehr einleuchtend“. Klimaschutz sei eine „Ersatzreligion“, keine Wissenschaft.**

Seite 3

### Falsche Beratung

**Banken klären ihre Kunden nicht ausreichend über Risiken von Finanzprodukten auf. DGB und Verbraucherschützer fordern schärfere Regeln**

Seite 5

### Die Zeit läuft

**Ab dem 1. Mai 2011 gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in Deutschland. Der DGB fordert die Bundesregierung zum Handeln auf**

Seite 7

### Wachstum mit Verstand

**Mehrdad Payandeh plädiert für einen neuen Wachstumsbegriff, der ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen vereint**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.youtube.com/user/stahltarifrunde2010](http://www.youtube.com/user/stahltarifrunde2010)  
youtube-Kanal der IG Metall NRW zur Stahltarifrunde 2010

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
**4. Monitoring-Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente**

Hartz IV

## Mauschelei

Der DGB hat das Verhalten von Bundesregierung und Koalition bei der Neugestaltung der Hartz-IV-Regelsätze scharf kritisiert. Über die künftige Höhe der Regelsätze hinter verschlossenen Türen in „politisch motivierten Verhandlungen des Koalitionsausschusses“ diskutieren zu lassen, zeuge von mangelndem Respekt gegenüber dem höchsten deutschen Gericht und Millionen Menschen, die auf eine bessere Grundsicherung dringend angewiesen sind. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar die derzeitige Berechnung der Regelsätze gekippt und ein transparentes und empirisches Verfahren eingefordert. Auch hier ist die Bundesregierung aus Sicht

des DGB auf dem völlig falschen Weg: Das Urteil des Verfassungsgerichts solle offenbar „möglichst billig“ umgesetzt werden, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die den Regelsätzen zugrunde gelegt wird, soll offenbar „nur noch das Konsumverhalten der Allerärmsten berücksichtigen“, so Buntenbach. Nicht einmal die Hartz-IV-Aufstocker würden aus der Referenzgruppe herausgerechnet.

Sie wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass von höheren Hartz-IV-Regelsätzen eben nicht nur Hartz-IV-EmpfängerInnen profitieren würden, sondern auch viele Beschäftigte: Schließlich hingen die Regelsätze mit den Grundfreibeträgen im Einkommenssteuerrecht zusammen. ●

Shell-Jugendstudie 2010

## Jugend vertraut Gewerkschaften

Eigentlich klingt das Resümee der 16. Shell-Jugendstudie positiv: Die Jugend blicke 2010 pragmatisch und optimistisch in die Zukunft, fassen die AutorInnen zusammen. Bei genauerer Analyse wird allerdings deutlich: Optimistisch sind vor allem junge Menschen aus mittleren und höheren sozialen Schichten. Aber nur ein Drittel der Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien blickt mit Zuversicht nach vorn. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf kritisiert: „In keinem anderen Land hat die soziale Herkunft derart dramatische Auswirkungen auf die individuellen Bildungschancen wie in Deutschland.“ Deshalb seien die Forderungen der Gewerkschaften nach gerechtem Zugang zu Bildung und nach mehr Qualität in der Ausbildung weiterhin richtig.

Auch der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke unterstreicht das gewerkschaftliche Engagement für gute Bildung und bessere Chancen beim Berufseinstieg. Die Shell-Studie zeige, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gebe. Positiv bewerten Rudolf und Werneke das Vertrauen der 15- bis 25-Jährigen in die Gewerkschaften. Auf einer Skala von 1 (sehr wenig Vertrauen) bis 5 (sehr viel Vertrau-

en) liegen die Gewerkschaften mit 3,1 seit Jahren konstant vor anderen Gremien und Institutionen wie Bürgerinitiativen (3,0), der Bundesregierung (2,8), den Kirchen (2,7), großen Unternehmen (2,6) und den Parteien (2,5). Die junge Generation sehe sehr klar, wer sich für sie und ihre Zukunft einsetze, kommentiert Rudolf. ●

Gesundheitspolitik

## 90 Prozent werden belastet

Der Beschluss des Bundeskabinetts zur künftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist aus Sicht des DGB ein Affront gegen alle gesetzlich Versicherten. Der DGB kritisiert vor allem das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags als Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der GKV und die Einführung von pauschalen

Leiharbeit

## BDA für gesetzlichen Mindestlohn

Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), hat sich für einen gesetzlichen Mindestlohn in der Zeitarbeit ausgesprochen. Hintergrund ist die Möglichkeit für grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung ab Mai 2011 (siehe Seite 5). Der Arbeitgeberpräsident plädierte gegenüber der Rheinischen Post dafür, „dass die Erstreckung unseres Mindestlohns

rechtzeitig und kurzfristig durch eine gesetzliche Regelung ermöglicht wird.“ Hundt meint damit die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz – mit für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn-Tarifverträgen. „Sonst befürchte ich, dass zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen aus Polen ihre Mitarbeiter unter unseren tariflichen Mindestlöhnen anbieten“, so Hundt. ●



Zusatzbeiträgen, also von Kopfpauschalen. Vor allem die Unionsfraktion müsse sich darüber klar werden, dass damit „eine unververtretbare Belastungswelle auf 90 Prozent der Bevölkerung zukommt“, so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Das vom DGB gestartete Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ hat inzwischen eine Unterschriftenaktion gegen die Pläne gestartet.

Die vom DGB eingesetzte Reform-Kommission, die ein Konzept für ein solidarisches Gesundheitssystem vorlegen will, hat Mitte September eine Erklärung zu den Rösler-Plänen veröffentlicht. Ihr Gesamtkonzept wird die Kommission noch in diesem Herbst präsentieren. ●

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)



## Europa im Blick

Aufsichtsrat des Monats September ist **Roland Werner**, 56. Der gelernte Mess- und Regeltechniker ist seit 1990 Betriebsratsvorsitzender bei der Südzucker

AG im Werk Brottewitz und vertritt seit 2002 die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat der Südzucker AG. „Die Anliegen der Beschäftigten stehen für mich an oberster Stelle. Da die Zuckerbranche stark abhängig ist von europäischen Vorgaben aus Brüssel, haben wir auch die Arbeitnehmerinteressen der gesamten

Branche im Auge – ganz besonders in schwierigen Zeiten.“ Werner berichtet im aktuellen Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats, was seine bisher größten Erfolge im Aufsichtsrat waren, worüber er sich ärgert und welchen Einfluss Europa auf die Arbeit in der Zuckerindustrie hat. <https://www.dgb.de/lpOK>



Aufsichtsrat des Monats

### Milliardenschäden durch falsche Beratung

Als mit dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers vor zwei Jahren die Finanzmärkte weltweit wankten und teilweise einstürzten, verloren auch viele Privatanleger vergleichsweise hohe Summen. Schuld waren oft Finanzprodukte mit extrem hohen Risiken – über die die Kunden aber beim Vertragsabschluss kaum oder gar nicht informiert worden waren.

Die Politik reagierte damals: Deutsche Banken und Finanzinstitute wurden verpflichtet, ihre Kunden in Beratungsgesprächen über alle Risiken aufzuklären, das Gespräch zu dokumentieren und dem Kunden diese Dokumentation auszuhandigen. Eine gute Regelung, die auch der DGB als Konsequenz aus der Finanzkrise unterstützte.

bleibt ein Problem: Viele Banken halten sich einfach nicht an das neue Gesetz. Zweimal hat seit der Einführung der Dokumentationspflicht die Stiftung Warentest 21 Banken unter die Lupe genommen. Beim ersten Test fielen zwei Banken komplett durch, beim zweiten Test bereits sechs Banken – und über die Hälfte der getesteten Institute handigte überhaupt keine Beratungsprotokolle aus, obwohl die Testkunden der Stiftung ausdrücklich danach gefragt hatten.

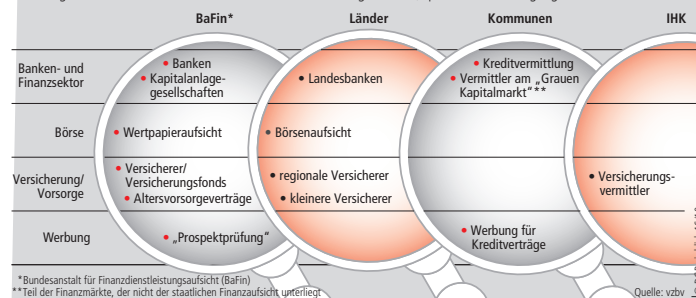
Der DGB und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) haben sich deshalb jetzt zusammengetan. Sie fordern gemeinsam, den Verbraucherschutz endlich als ein gesetzliches Ziel in der Finanzaufsicht zu verankern. „Gremien wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, können derzeit gar nicht kontrollieren, was sie eigentlich kontrollieren wollen“, erklärt vzbv-Vorstand Gerd Billen: Weil die gesetzliche Grundlage fehlt. Dabei wäre Kontrolle bitter nötig. Eine vom Verbraucherschutzministerium in Auftrag gegebene Studie schätzt den jährlichen finanziellen Schaden durch falsche und für die Kunden „nicht bedarfsgerechte“ Finanzver-

mittlung auf 20 bis 30 Milliarden Euro. Die Verbraucherschützer vom vzbv gehen von noch höheren Zahlen aus.

Außerdem, auch da sind sich DGB und vzbv einig, muss die Finanzaufsicht effektiver und ein-

#### Flickenteppich Finanzaufsicht

Zuständigkeiten für die Aufsicht über Finanz- und Versicherungsinstitute, -produkte und -vorgänge



**Wer sich von einem Versicherungsvermittler einen Altersvorsorgevertrag bei einem regionalen Versicherungsunternehmen verkaufen lässt, kann sich als Kunde derzeit nicht auf eine einheitliche Kontrolle verlassen: Den Vermittler überprüft die örtliche Industrie- und Handelskammer, den Versicherer beaufsichtigt das Landeswirtschaftsministerium und den Vorsorgevertrag zertifiziert die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.**

heitlicher werden. Der DGB fordert deshalb einen Finanz-TÜV für alle Finanzprodukte, der bei der BaFin angesiedelt wird. „Kein Finanzprodukt darf zukünftig ohne Aufsicht bleiben, Aufsichtslücken müssen geschlossen werden“, so DGB-Vorstand Claus Matecki. Der

#### Finanzmärkte international

Basel III und neue EU-Regeln für Derivate und Leerverkäufe: Was sich international bei Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte tut, im nächsten einblick.

„Flickenteppich Finanzaufsicht“ (siehe Grafik) braucht endlich klare Strukturen, fordern DGB und vzbv.

Aber auch die Vertriebsstrukturen in den Banken müssen sich ändern. „Ein fairer Umgang mit Verbrauchern setzt für Gewerkschaften immer auch einen fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Finanzinstituten voraus“, erklärt Matecki. Genau das Gegenteil ist jedoch vielerorts der Fall. Bankangestellte werden durch vorgegebene Verkaufszahlen enorm unter Druck gesetzt. Von „Drückerkolonnen“ sprach 2009 gar Uwe Foullong, im ver.di-Vorstand zuständig für die Bankenbranche. Die Beschäftigten

### Schutz für Verbraucher

„Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht!“ ist der Titel der gemeinsamen Erklärung von DGB und dem Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv). Konkret fordern die beiden Verbände:

- ✳ Verbraucherschutz als Aufsichtsziel der Finanzaufsicht
- ✳ ein Beschwerderecht für Verbraucherorganisationen
- ✳ eine Kontrolle der Verkaufsgespräche für Finanzprodukte
- ✳ ein Verkaufsverbot für besonders komplexe und riskante Finanzprodukte
- ✳ kein Finanzprodukt ohne Kontrolle, auch am „Grauen Kapitalmarkt“

Inzwischen haben sich über 50 weitere Verbände und Einzelpersonen der Erklärung angeschlossen, darunter die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Sozialverband VdK, der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Frauenring und Transparency International.

Die Erklärung online: [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Arbeit und Leben Berlin

## Spaltung überwinden

Europa ist eine reiche Weltregion – trotzdem leben 17 Prozent der Menschen in ständiger Armut. In Ballungsräumen bedeutet dies: Arme und Reiche schotten sich immer stärker in eigenen Stadtteilen ab. Mit der Konferenz „Segregation in Metropolregionen“ geht der gewerkschaftliche Bildungsträger „Arbeit und Leben Berlin e.V.“ am 29. September in Berlin den

Mechanismen dieser Entwicklung nach. Den Eröffnungsvortrag hält Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Im Anschluss diskutieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Gewerkschaften über Ursachen und Folgen von Armut und erörtern Optionen, der Aufteilung in wohlhabende und arme Viertel zu begegnen. Die Konferenz liefert damit einen Beitrag zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ der EU. •

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## interregio

••• Bereits zum 13. Mal ist der von **DGB-Bezirk Nord**, der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern gestiftete **Medienpreis „Sophie“** vergeben worden. Ausgezeichnet in der Kategorie Print wird der Journalist Frank Pubantz von der *Schweriner Volkszeitung*. Er hatte in mehreren Artikeln über dubiose Finanzgeschäfte von Immobilienfirmen unter dem

Dach der Volkssolidarität berichtet. Preisträger in der Sparte Rundfunk ist Jan Frerichs mit seiner Reportage „Harte Hunde, schwarze Schafe. Bauernhof im Knast“. Wolfgang Heidelk erhält eine Sophie für seinen Hörfunkbeitrag „Großer Bahnhof Sternberg“. Felix Hock wird für seine „Konspirativen KüchenKonzerte“ als besten Onlinebeitrag geehrt. Den Nachwuchspreis erhält Tanja Krämer vom *Tagesspiegel*. [www.sophie-medienpreis.de](http://www.sophie-medienpreis.de)

Berufsbildungswerk

## Jugendlichen helfen

Das gewerkschaftsnahe Berufsbildungswerk bfw bekräftigt seinen

Einsatz für die junge Generation. In einem Gespräch mit NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider betonte bfw-Geschäftsführer Achim Albrecht: „Für das bfw als einen der größten Bildungsanbieter in Deutschland ist es entschei-

dend, bei so wichtigen Themen wie etwa der Integration arbeitsloser Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt, mit Politik und Wirtschaft Hand in Hand zu arbeiten.“ Die beiden waren sich einig, dass SchülerInnen mehr und bessere

Orientierungshilfen beim Übergang ins Berufsleben brauchen. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Themen Fachkräftemangel sowie die Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt. • [www.bfw.de](http://www.bfw.de)

Anzeige

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



map-report

Februar 2010

Platz 1

„Jangjährig hervorragende Leistungen“  
Bestnote, „bilanzstärkste Gesellschaft“  
Bestnote, „servicestärkster Versicherer“  
Vergleich von Krankenversicherungen

## Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.

Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

erfahren. sicher. günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung  
des öffentlichen Dienstes  
auf dem Gebiet der Kranken-  
versicherung

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98-0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka

### Es geht auch ohne Lohndumping

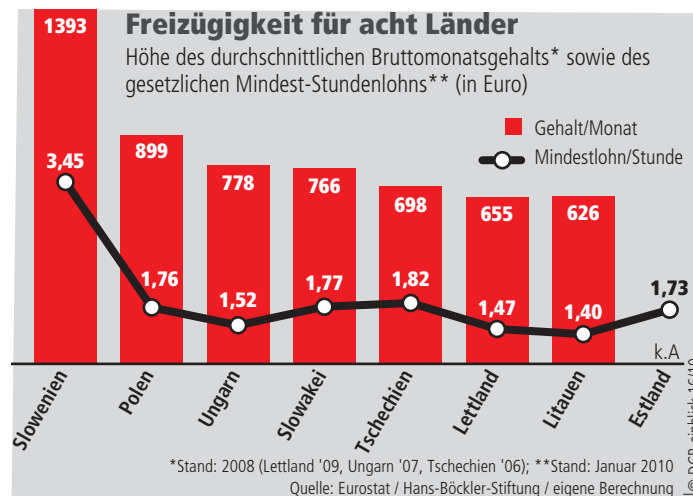
Die EU wächst weiter zusammen. Ab Mai 2011 können ArbeitnehmerInnen aus acht der zehn osteuropäischen EU-Staaten ohne jede Einschränkung eine Beschäftigung in Deutschland annehmen. Zum selben Termin fallen hierzulande auch die Beschränkungen für die Dienstleistungsfreiheit für das Baugewerbe und die grenzüberschreitende Leiharbeit weg. Das könnten deutsche Unternehmen zum Lohndumping missbrauchen - wenn die Politik nicht noch handelt.

Die Koalition lasse die verbleibende Zeit „ungenutzt verstreichen“, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Weder wurde die Bevölkerung ausreichend auf die Arbeitsmarktöffnung vorbereitet, noch wurden Maßnahmen gegen Lohndumping durch grenzüberschreitende Leiharbeit und Entsendung von Beschäftigten eingeleitet.“ Ab Mai 2011 können auch LeiharbeiterInnen von osteuropäischen Entleihfirmen in Deutschland tätig werden. Gilt für diese LeiharbeiterInnen in ihrem Herkunftsland ein Tarifvertrag, entsteht dasselbe Problem wie heute schon bei deutschen ZeitarbeiterInnen: Der eigentlich gesetzlich geregelte Grundsatz der Gleichbehandlung mit der Stammbesellschaft des entleihenden Betriebs würde ausgehebelt. „Damit polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem 1. Mai 2011 nicht für drei bis vier Euro pro Stunde in Deutschland beschäftigt werden, muss die Bundesregierung

endlich ihren Widerstand gegen einen allgemeinen Mindestlohn und gegen die Aufnahme der Leiharbeit in das Entsendegesetz aufgeben“, fordert Buntenbach.

Dem DGB geht es dabei weder um eine Abschottung des deutschen Arbeitsmarkts noch darum, die osteuropäischen KollegInnen zu stigmatisieren. „Die Beschäftigten

aus Osteuropa sind nicht das Problem“, sagt DGB-Migrationsexperte Volker Roßocha. „Das Problem sind die deutschen Unternehmen, die zur Gewinnoptimierung auf Lohndumping durch ausländische Subunternehmer setzen.“ Wichtig sei dem DGB vor allem, ausländische ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte aufzuklären. Der DGB Sachsen hat beispielsweise mit tschechischen und polnischen Gewerkschaften Infomaterial für grenzüberschreitend tätige Beschäftigte aufgelegt, und beim DGB Berlin-Brandenburg existiert bereits ein „Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte“. •



Für einen Großteil der osteuropäischen EU-Bürger gilt ab Mai 2011 auch in Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

### EU wächst zusammen

Auf einer gemeinsamen Konferenz haben DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte September die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit auf Deutschland diskutiert. Vorgestellt wurden auch zwei aktuelle Studien. Die Untersuchung von Frank Lorenz legt einen Schwerpunkt auf den „politischen Handlungsbedarf“ bis zum Mai 2011, die Analyse von Timo Baas und Herbert Brücker beschäftigt sich mit den Auswirkungen möglicher Zuwanderung auf die Gesamtwirtschaft.

Beide Studien: [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

### Was der 1. Mai 2011 bedeutet

Die „alten“ EU-Mitgliedsstaaten konnten nach der EU-(Ost-)Erweiterung von 2004 in drei „Übergangsfristen“ für maximal sieben Jahre die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger der neuen Mitgliedsstaaten beschränken (außer für Malteser und Zyprioten). Deutschland machte eine Ausnahme für HochschulabsolventInnen, hat diese sieben Jahre aber ansonsten voll in Anspruch genommen. Sie enden am 30. April 2011. Ab Mai 2011 dürfen dann Bürger aus allen EU-Staaten (außer aus Rumänien und Bulgarien, den Beitrittsländern von 2007) ohne spezielle Arbeitserlaubnis Beschäftigung in Deutschland aufnehmen.

Auch die in der EU im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit mögliche Entsendung von ArbeitnehmerInnen konnte maximal sieben Jahre eingeschränkt werden. In Deutschland gibt es entsprechende Regelungen für einzelne Branchen, vor allem für das Baugewerbe. Ab Mai 2011 ist eine Entsendung auch in die deutsche Baubranche möglich. Hier gilt aber ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz, der somit auch für ausländische Dienstleistungserbringer bindend ist. Mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit fallen auch die Beschränkungen für die grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung (Leihar-

beit). Bisher durften nur LeiharbeiterInnen aus den „alten“ EU-Staaten grenzüberschreitend tätig werden. Auch für in Deutschland grenzüberschreitend tätige LeiharbeiterInnen aus Osteuropa gilt dann das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Das sieht grundsätzlich die Gleichbehandlung mit den Stammbeschäftigten des entleihenden Betriebes vor. Es sei denn, ein Tarifvertrag regelt etwas anderes. Ausländische Verleihunternehmen könnten so mit Leiharbeits-Tarifverträgen, die sie in ihrem Herkunftsland abgeschlossen haben, den Gleichstellungsgrundsatz des AÜG umgehen. So machen es deutsche Zeitarbeitsfirmen bereits heute.

## kurz & bündig



**ver.di und das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart haben eine Kooperation zur Forschung über Dienstleistungen vereinbart. Sie sieht unter anderem einen regelmäßigen Austausch über den Themenkomplex "Dienstleistungen und Technik", Betriebsräteschulungen und den Austausch mit Arbeitsdirektoren vor.**



**Die IG BCE veröffentlicht eine achteilige Report-Reihe, um technische Trends und Innovationen in ihren Branchen zu dokumentieren und zu begleiten. Einige der Themen: Klimaschutz, Gesundheitsschutz und Energiesicherung. Die erste Ausgabe beleuchtet Technologietrends in der chemischen Industrie.**  
[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

ver.di

## Sammelwut

Personenbezogene Daten in großen Mengen zu sammeln und auszuwerten, ist im digitalen Zeitalter keine technische Herausforderung mehr. Aus Sicht von Datenschützern lässt sich auch der Staat seiner „Sammelleidenschaft“ immer freieren Lauf – etwa mit dem Elektronischen Entgeltnachweis, kurz ELENA: Seit 1. Januar müssen Arbeitgeber für mögliche Sozialleistungen erforderliche Beschäftigendaten an eine zentrale Speicherstelle melden. Verfassungs- und datenschutzrechtliche Bedenken sind bei der Politik bisher verhallt.

ver.di möchte mit der Diskussionsrunde „ELENA und Beschäftigtendatenschutz – Ohnmacht vor der allgegenwärtigen Datensammelwut?“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „sicht.weisen“ am 30. September in Berlin der Sache auf den Grund gehen. Eingeladen ist unter anderem Spiros Simitis, Datenschutzexperte und Mitglied des Deutschen Ethikrates. Im Fokus steht die Frage: Bringt der aktuelle

Entwurf zu einem ergänzten Bundesdatenschutzgesetz tatsächlich mehr Schutz für Beschäftigte? •  
<http://sichtweisen.verdi.de>

TRANSNET und GDBA

## Fairness auf der Schiene

TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA haben mit der Deutschen Bahn und Arbeitgeberorganisationen von Verkehrs-, Wach- und Sicherheitsdienstleistern ein Fairness-Abkommen unterzeichnet. Es gilt für Subunternehmen, die für die Deutsche Bahn in den Bereichen

Glæssicherung, Fahrzeugreinigung oder Facility Management arbeiten. In der Vergangenheit waren verschiedene Unternehmen aus diesen Bereichen in die Kritik geraten, weil sie Sozial- und Lohnstandards nicht eingehalten hatten. Damit soll Schluss sein: Ab sofort müssen auch Bahn-Dienstleister dafür Sorge tragen, dass Lohn- und Sozialdumping ausgeschlossen ist. Bei Verstoß drohen Sanktionen. Ausgehandelt worden ist das Abkommen von „mobifair“. Dieser von TRANSNET und GDBA mit getragene Verein setzt sich für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft ein. •  
[www.transnet.org](http://www.transnet.org)

DGB-Workshop

## Nachhaltige Daseinsvorsorge

Eine verlässliche Wasserversorgung, eine funktionierende Abfallwirtschaft, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge – das wünschen sich alle BürgerInnen. Inzwischen ist vielen klar: Privatisierungen führen in diesen Bereichen häufig zu schlech-

terer Qualität und miesen Arbeitsbedingungen. ExpertInnen warnen: Aktuelle Pläne der schwarz-gelben Koalition und der EU-Kommission könnten die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter fördern. Mit dem Workshop „Nachhaltigkeit in der Daseinsvorsorge: privat oder öffentlich?“ nimmt sich der DGB am 19. Oktober in Berlin des Themas an. •  
[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## Herbstaktionen aktuell

+++ Zur **zentralen Demonstration des EGB am europaweiten Aktionstag am 29. September in Brüssel** (*einblick 16/06*) werden GewerkschafterInnen aus über der Hälfte aller EU-Staaten sowie aus Norwegen erwartet. Neben der Demo in Brüssel sind auch Protestzüge in Portugal, Italien, Lettland, Polen, Zypern, Rumänien, Tschechien, Litauen, Serbien und Irland geplant. Die Routen der Demonstrationen, Anfahrtswege, Videobotschaften des EGB, Plakate, den Aufruf auf Deutsch und viele weitere Infos gibt es online unter [www.etuc.org/a/7407](http://www.etuc.org/a/7407)  
+++ Die IG BCE will am europäischen Aktionstag gegen die Pläne der EU-Kommission mobil machen, den deutschen Kohle-Kompromiss von 2007 zu kippen. Das würde das Aus für alle Steinkohlebergwerke bis 2014 bedeuten – ohne den bisher bis 2018 geplanten sozialverträglichen Übergang. Der 29. September ist deshalb auch **Kohle-Aktionstag**. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis besucht an diesem Tag Betriebsversammlungen in den vier

Steinkohlebetrieben in NRW, sein Stellvertreter Ulrich Freese spricht im Saarland, und rund 1200 Bergleute beteiligen sich als starke IG BCE-Delegation gemeinsam mit ihrem Vorsitzenden an der Kundgebung in Brüssel. [www.igbce-blogs.de/kampagne](http://www.igbce-blogs.de/kampagne) +++ Der DGB Sachsen mobilisiert am Aktionstag zu einer **landesweiten Demo in Dresden** gegen den sozialen Kahlschlag und für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Sachsen. Der Protest am 29.9. richtet sich insbesondere gegen den Doppelhaushalt 2011/2012 der Landesregierung. [www.dgb-sachsen.de](http://www.dgb-sachsen.de) +++ Die IG BAU hat Mitte September zum Auftakt ihrer **Kampagne gegen die Rente mit 67** bundesweit auf mehr als 60 000 Baustellen Unterschriften gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters gesammelt. „Die Protest-Unterschriften werden den Mitgliedern des Deutschen Bundestags rechtzeitig vor der Abstimmung im Parlament auf dem Tisch liegen“, so der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. Die IG BAU erwartet im Rahmen der gewerkschaftlichen

Herbstaktionen einen Renten-Herbst, bei dem sich der Unmut über die „Rente mit 67“ auf Baustellen und Betrieben mit entsprechenden Aktionen zeigen werde. +++ Die IG Metall lädt für den 27. Oktober zu einer **Alternativen Anhörung** zur Rente mit 67 mit öffentlicher Aktion nach Berlin ein. Den „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ am 7. Oktober nutzt die Gewerkschaft, um gegen die Ausbreitung von prekärer Arbeit zu mobilisieren. Eine Übersicht über alle zentralen und regionalen Aktivitäten der IG Metall unter dem Motto „Kurswechsel für ein gutes Leben“ bietet eine Deutschlandkarte im Internet. [www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks) +++ Die Folgen der desolaten Finanzsituation der Kommunen für alle BürgerInnen zeigt ver.di in einer interaktiven **Notlagenkarte** unter [www.gerechtheit-geht-anders.de/notlagenkarte](http://www.gerechtheit-geht-anders.de/notlagenkarte). Wer will, kann dort selbst Missstände aus seiner Heimatstadt dokumentieren. +++ Mehr zu den Herbstaktionen der Gewerkschaften unter [www.dgb.de/herbstaktion](http://www.dgb.de/herbstaktion) und im nächsten *einblick*. +++

Wirtschaft und Gesellschaft

## Wachstum mit Sinn und Verstand

Für einen neuen Wachstumsbegriff, der die ökonomische, ökologische und soziale Dimension vereint, plädiert Mehrdad Payandeh.

Deutsche neigen zur Übertreibung. Bundeswirtschaftsminister Brüderle besonders. Mal zu pessimistisch, mal zu euphorisch. **Der XXL-Krise folgt nun der XL-Aufschwung** – ein „Wirtschafts-Sommernächten“. Nun seien wir Europas Wachstumslokomotive, meint Brüderle. Deutschland fühlt sich in seiner Wachstumsstrategie bestätigt. Die Kritik am deutschen Weg soll endlich ein Ende haben, wünscht sich der FDP-Minister. Doch der Schein trügt.

Denn die jetzige weltweite Wirtschaftserholung wird von Indien, China und Brasilien angetrieben. Der Modernisierungsdrang dieser Länder sorgt für eine rasche Nachfrage nach deutschen Industriegütern. Exporte beflügeln wiederum unsere Wirtschaft und sorgen für Wachstum. Dennoch glauben immer weniger Menschen daran, dass Wachstum auch Wohlstand bedeutet. Was wächst, sind vielmehr die Sorgen der Menschen um ihre Zukunft und die unseres Planeten. **Viele sehen für die Zukunft keine Verbesserung ihrer individuellen Situation:** Die Jugend beneidet die geordnete Welt der Elterngeneration. Die Beschäftigten fürchten Altersarmut, und die Rentner sind froh, in der Vergangenheit geboren zu sein. Mit Zukunft verbindet man nichts Gutes. Allen Beteuerungen der politischen Klasse zum Trotz.

Die Zweifel der Menschen daran, dass Wachstum das Gravitationszentrum unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sein soll, sind mehr als berechtigt: Denn immer mehr greifen ökologische, soziale und ökonomische Verwerfungen um sich – unabhängig davon, ob wir uns in einer Krise oder im Aufschwung befinden. **Das ökonomische System verliert zunehmend seine Legitimation.** Und mit dem wachsenden Einfluss der Lobbyisten auch das ganze politische System.

Immer mehr Menschen stellen die Frage nach dem Sinn von Wachstum. Wozu Wachstum, wenn dadurch unsere natürlichen Lebensgrundlagen bedroht werden und eine Umweltkatastrophe die nächste jagt? Wozu Wachstum, wenn sich für viele die Lebensqualität dennoch verschlechtert und ein menschenwürdiges Leben für Klein und Groß, für Jung und Alt bedroht ist? **Wozu Leistungsbe- reitschaft, wenn das Entgelt allzu oft keine**

### angemessene Gegenleistung mehr darstellt?

Wozu Hoffnung, wenn einem das Gefühl vermittelt wird, unerwünscht zu sein?

Seit dreißig Jahren feiern konservative und neo-liberale Ökonomen mit der Wachstumskeule ihren Siegeszug gegen die „Sozial- und Ökoromantiker“. Und die jüngste wirtschaftliche Erholung gibt ihnen Rückenwind dafür, ihren Angriff auf den Sozialstaat zu forcieren, den Markt von staatlicher Bevormundung zu befreien und die Entstaatlichung und Entsolidarisierung der ganzen Gesellschaft noch stärker voranzutreiben. Damit aber steuert unser Wirtschaftssystem zielgenau auf einen ökologischen und sozialen, aber auch auf einen ökonomischen Abgrund zu. **Ein radikaler Kurswechsel ist nötig.**

Wachstum, ob export- oder binnenmarktgetrieben, ist kein Selbstzweck. Es bemisst sich nicht nur quantitativ an produzierten Mengen, sondern vor allem daran, ob damit Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert werden, ob sich Zukunftschancen eröffnen und ob natürliche Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Damit gewinnt Wachstum eine qualitative Dimension.

Die Endlichkeit von natürlichen Ressourcen, der Klimawandel und die Notwendigkeit, das ökologische Gleichgewicht zu erhalten, zwingen uns zum Umdenken. Damit nicht genug. **Qualitatives Wachstum hat auch eine soziale Dimension.** Es muss vielen sozialen Gruppen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben, an Bildungschancen, an Zukunftsperspektiven teilzuhaben. Qualitatives Wachstum beinhaltet natürlich auch eine ökonomische Dimension. Es strukturiert die Verfassung unseres Wirtschaftssystems um. Es entstehen intelligente, grüne Technologien. Neue Jobs und Berufsfelder ermöglichen ein umwelt- und sozialverträgliches Zusammenleben der Menschen.

Eine solche Wachstumsstrategie gelingt aber nur, wenn die spezifischen Regeln des Finanzmarktkapitalismus, die sich an kurzfristigen Renditeinteressen der Anleger ausrichten, ausgesetzt werden, der Markt in einen staatlichen Ordnungsrahmen eingebettet wird und das bisherige System durch eine sozial, ökologisch und humanistisch ausgerichtete Langfristorientierung der Wirtschaft ersetzt wird. **Ein sozialer und grüner Wohlfahrtsstaat wird dann zum Modell, mit dem moderne Gesellschaften die Zukunft gestalten.** So bekommt Wachstum Sinn und Verstand. ●

## Umdenken – Gegenlenken

Auf einer Konferenz unter dem Motto „Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden“ diskutieren DGB und Gewerkschaften am 7. Oktober in Berlin gemeinsam mit internationalen Gästen über die notwendigen Lehren aus dem Crash der Finanzmärkte und



Mehrdad Payandeh, 49, ist seit Anfang September Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Foto: DGB/Jan Piegsa

der folgenden Krise in der Realwirtschaft. „Wir wollen kein 'Weiter so'. Doch die Politik weigert sich beharrlich, Konsequenzen aus der Krise zu ziehen“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Auf der Konferenz sollen deshalb auch neue Wachstumsstrategien und -definitionen diskutiert werden. Den Input für die Diskussionen gibt Professor Tim Jackson vom „Center for Environmental Strategy“ an der Universität Surrey.

[www.kapitalismuskongress.de](http://www.kapitalismuskongress.de)

# DIES & DAS

## dieDGBgrafik

### ALTERSRENTE: Jede/r Zweite geht mit Abschlügen

**Fast die Hälfte aller AltersrentnerInnen müssen Abschläge bei der Rente in Kauf nehmen – durchschnittlich 114 Euro pro Monat. Kommt die Rente mit 67, wird sich diese Zahl noch erhöhen und damit auch die Altersarmut steigen. Das ist ein Ergebnis des Monitoring-Berichtes des „Netzwerks für eine gerechte Rente“ (Seite 1). Erhebliche Einbußen müssen auch die hinnehmen, die wegen Erwerbsminderung vorzeitig aus dem Job ausscheiden. Der DGB fordert deshalb eine Reform der Erwerbsminderungsrente. [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**

Anteil der Renten mit Abschlag unter allen Rentenzugängen 2009 (in Prozent)

	Renteneintritt wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renteneintritt wegen Alter
Insgesamt	96,4	46,6
Männer/West	96,0	42,4
Frauen/West	96,8	42,5
Männer/Ost	96,4	59,3
Frauen/Ost	97,1	77,4

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

© DGB einblick 16 /10

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**27.9.-6.10.** ver.di-Bildungswerk Hessen, 1. Interkulturelle Woche Hochtaunus, Oberursel

**28.9.** ver.di, Herbstaktion „Arme Kommunen“, Berlin

**28.9.** ver.di, 7. Gender-Fachdialog: Städte und Gemeinden in Not – Genderherausforderungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten, Berlin

**29.9.** DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Herbstaktion „Das Banken-Casino zockt wieder – der Sozialstaat blutet“, Berlin

**29.9.** DGB Sachsen, Herbstaktion „Demonstration zur Auseinandersetzung um den Landeshaushalt“, Dresden

**30.9.** IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, „Bildungspolitische Konferenz für die Zukunft – Studium – Übernahme“. Anschließend „Menschenkette für Ausbildung, Studium, Übernahme“, Hannover

**30.9.** ver.di, Herbstaktion „Menschenkette: Gerecht geht anders!“, Hamburg

**3.10.** dju, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung und DJV, Kongress „Öffentlichkeit und Demokratie“, Berlin

**6./7.10.** IG Metall, Hans-Böckler-Stiftung, Betriebsrätekonferenz „Für gute Arbeit – sicher und fair“, Leipzig

**7.10.** IGB, Welttag für menschenwürdige Arbeit

**7.10.** IG Metall, Aktionstag gegen prekäre Arbeit

**7.10.** DGB, 2. DGB-Kapitalismuskongress. Anschließend Kundgebung am Alexanderplatz, Berlin

### personalien

••• **Andreas Meyer-Lauber**, 58, ist neuer Vorsitzender des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. 79 Prozent der Delegierten stimmten auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz am 18. September für den bisherigen Vorsitzenden der GEW NRW. Meyer-Lauber tritt die Nachfolge von **Guntram Schneider**, 59, an, der seit 15. Juli neuer

Arbeits-, Sozial- und Integrationsminister in NRW ist.

••• **Dr. Claudia Tietze**, 32, ist seit 1. September neue hauptamtliche Geschäftsführerin des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.“. Die Politikwissenschaftlerin folgt **Michaela Dälken**, 41, Öffentlichkeitsreferentin beim DGB-Bildungswerk und Leiterin des Kompetenzzentrums Europa, die den Verein als ehrenamtliche Geschäftsführerin betreut hat.

••• **Mehrdad Payandeh**, 49, bisher DGB-Referatsleiter für europäische und internationale Wirtschaftspolitik, ist seit 1. September Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

#### IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

**Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

**Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke, Timm Steinborn

**Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de),

E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muetzel@berlin.de](mailto:bettina.muetzel@berlin.de) **Layout:** zang.design

**Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abo-**

**ments:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Ver-

lag und Autor.

### Schlusspunkt.

**„Schließlich hat sich Herr Sarrazin in den 17 Monaten bei der Bundesbank aufgerieben und eine ganze Abteilung für Genetik aufgebaut.“**

Begründung des Kabarettisten Volker Pispers auf „WDR 2“ am 14. September für den 10 000 Euro hohen, monatlichen Rentenanspruch von Thilo Sarrazin. Dieser will seinen Vorstandsposten bei der Deutschen Bundesbank zum 30. September räumen.



**Minijob****Strafe für 1 Euro Stundenlohn**

Arbeitgeber, die weniger als die verbindlichen Mindestlöhne zahlen, müssen mit Bußgeldern, Geld- oder Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren rechnen. In besonders schweren Fällen sieht das Strafgesetzbuch die Verhängung einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren vor.

**Der Fall:** Der Arbeitgeber, eine Reinigungsfirma, in Magdeburg, beschäftigte Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion als Reinigungskräfte für Toiletten an Autobahnraststätten, Autohöfen und einem Schnellrestaurant in sogenannten Minijobs. Sie arbeiteten bei einem Monatslohn zwischen 60 und 300 Euro und einem Arbeitseinsatz von zwei Wochen pro Monat täglich 12 Stunden. Daraus ergaben sich Stundenlöhne von etwa 1 Euro, obwohl der verbindliche Mindestlohn 7,68 Euro betrug. Trinkgelder behielt der Arbeitgeber ein.

**Das Landgericht:** Die gezahlten Stundenlöhne sind unangemessen und sittenwidrig. Dadurch, dass der Arbeitgeber die Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) nur aus dem geringeren tatsächlich gezahlten Lohn und nicht aus dem Mindestlohn bezahlte, hat er Arbeitsentgelt vorenthalten und veruntreut. Das erfüllt einen Straftatbestand. Der objektive Tatbestand des Strafgesetzbuches ist bereits erfüllt, wenn der Arbeitgeber die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bei Fälligkeit nicht an die zuständige Stelle abführt, obwohl er zur Zahlung in der Lage war. Bei Tariflohnunterschreitungen ist die Höhe der Beitragsschuld nach dem geschuldeten Tariflohn zu berechnen.

*Landgericht Magdeburg,  
Urteil vom 29. Juni 2010 - 21 Ns 17/09*

**Sozialhilfe****Fahrtkostenerstattung sichert Bildung**

Der Träger der Sozialhilfe kann verpflichtet sein, die Fahrtkosten für den Besuch einer Fachoberschule zu übernehmen.

**Der Fall:** Die 17jährige Schülerin bezieht Leistungen der Grundversicherung. Sie beantragte beim zuständigen Landkreis die Übernahme der Kosten für eine Busfahrkarte zur Fachoberschule etwa 13 km vom Wohnort entfernt und zum schulbezogenen Praktikum etwa 24 km entfernt. Die Kosten für die Schülerjahresfahrkarte des Regionalen Nahverkehrsverbandes belaufen sich auf 736 Euro. Nach der Ablehnung durch den Landkreis beantragte die Schülerin den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Mit ihrem Antrag hatte sie Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Der Staat hat auch solche existenzsichernden Leistungen zu erbringen, die sich auf die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben beziehen. Freilich ist der Teilhabeanspruch auf die Mittel beschränkt, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins erforderlich sind und die man vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann. Dabei ist Bildung unabdingbar für die individuelle Entwicklung, das Zusammenleben in und der Fortentwicklung des Gemeinwesens. Wenngleich sich der Teilhabeanspruch dabei vornehmlich auf den gleichberechtigten Zugang zur Bildungseinrichtung richtet, ist dieses Teilnahmerecht ohne die Gewährleistung der notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen wertlos und verkommt zur leeren Hülse. Die Schülerin kann auch nicht darauf verwiesen werden, die Strecken zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. Wegstrecken dieser Größenordnung sind nicht dauerhaft zu Fuß oder per Rad zu bewältigen.

*Sozialgericht Marburg,  
Beschluss vom 5. August 2010 - 5 S AS 309/10 ER*

**Kündigung****Falsche Frist rechtzeitig anfechten**

Kündigt der Arbeitgeber mit einer Frist, die kürzer ist als die vorgeschriebene, muss der Arbeitnehmer die falsche Kündigungsfrist binnen drei Wochen nach Zugang der Kündigung gerichtlich geltend machen. Andernfalls gilt die ausgesprochene Kündigung als rechtswirksam und beendet das Arbeitsverhältnis zum „falschen“ Termin.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 1. September 2010 - 5 AZR 700/09*

**Verdachtskündigung****In der Anhörung nichts verschweigen**

Teilt der Arbeitgeber dem Betriebsrat/Personalrat vor Ausspruch einer Verdachtskündigung im Rahmen des Anhörungsverfahrens die ihm bekannten, den Arbeitnehmer erkennbar entlastenden Umstände nicht mit, so ist die Kündigung wegen nicht ordnungsgemäßer Anhörung des Betriebsrats/Personalrats unwirksam.

*Landesarbeitsgericht Nürnberg,  
Urteil vom 22. Juni 2010 - 5 Sa 820/08*

**Urlaub****Keine Unterbrechung wegen Krankenpflege**

Müssen berufstätige Eltern im Urlaub ein krankes Kind pflegen, so gelten trotzdem die Urlaubstage als genommen. Insofern erlischt der Urlaubsanspruch. Nur wenn der Arbeitnehmer selbst während eines Urlaubs erkrankt, verfallen die Urlaubstage nicht.

*Arbeitsgericht Berlin,  
Urteil vom 17. Juni 2010 - 2 Ca 1648/10*

**Hitlerjugend****Verein wird verboten**

Das vom Bundesinnenministerium ausgesprochene Verbot gegen den Verein Heimattreue Deutsche Jugend - Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ) ist rechtmäßig. Die HDJ weist eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, insbesondere mit der früheren Hitlerjugend auf. Sie ist der Blut- und Boden-Ideologie und der Rassenlehre der Nationalsozialisten verhaftet und verbreitet antisemitische Thesen. Sie diffamiert die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes und nimmt dieser gegenüber insgesamt eine kämpferisch-aggressive Haltung ein.

*Bundesverwaltungsgericht,  
Urteil vom 1. September 2010 - 6 A 4.09*

**Fristlose Kündigung****Bei exzessiven privatem eMail-Verkehr**

Die außerordentliche Kündigung eines langjährig beschäftigten Arbeitnehmers kann auch ohne vorangegangene einschlägige Abmahnung gerechtfertigt sein, wenn der Mitarbeiter über einen Zeitraum von mehr als 7 Wochen arbeitstäglich mehrere Stunden mit dem Schreiben und Beantworten privater E-Mails verbringt - an mehreren Tagen sogar in einem zeitlichen Umfang, der gar keinen Raum für die Erledigung von Dienstaufgaben mehr lässt.

*Landesarbeitsgericht Niedersachsen,  
Urteil vom 31. Mai 2010 - 12 Sa 875/09*